

# A m t s - B l a t t

der

Königlichen Liegnitzschen Regierung von Schlesien.

— No. 17. —

Liegnitz, den 29. April 1815.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das 4te Stück enthält:

- a. das Patent wegen Besignahme der Herzogthümer Cleve, Berg, Geldern, des Fürstenthums Mödes und der Grafschaften Essen und Werden. Vom 5. April 1815;
- b. das Patent wegen Besignahme des Großherzogthums Nieder-Rhein. Vom 5. April 1815.;
- c. die Immediat Verfügung an die Einwohner der mit der preussischen Monarchie vereinigten Rheinaländer. Vom 5. April 1815.;
- d. die Verordnung wegen der in den Steuern zu zahlenden Tresor- und Thalerscheine. Vom 7. April 1815.

Das 5te Stück enthält:

- a. das Patent zur Publikation der neuen Auflage der allgemeinen Gerichtsordnung für die preussischen Staaten und des Anhangs zur allgemeinen Gerichtsordnung. Vom 4. Februar 1815.;
- b. die Verordnung wegen des Verkehrs mit der Bank. Vom 3. April 1815.;
- c. den Allerhöchsten Aufruf an das Volk. Vom 7. April 1815.;
- d. die Verordnung wegen Bewaffnung der Freiwilligen. Vom 7. April 1815.

## Verordnungen der höchsten und höhern Staatsbehörden.

Wegen der in den Steuern zu zahlenden Tresor- und Thalerscheine.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. etc. Erbkönig und fügen hiermit zu wissen: Im Verfolg Unserer Verordnung vom 1. März d. J. wegen der Realisation und des Umlaufs der Tresor- und Thalerscheine, und um den dadurch beabsichtigten Zweck früher zu erreichen, setzen Wir hierdurch Folgendes fest:

§. 1. Die in dem §. 2. der gedachten Verordnung enthaltene Bestimmung, daß vom 1. L. M. an die Hälfte der Grund-, Gewerbe- und Personensteuer in Tresor- und Thalerscheine



Thalerscheinen zu entrichten ist, wird hierdurch auf alle und jede currente und rückständige Steuern und Abgaben ohne Unterschied, so weit dieselben in Silber-Courant zu bezahlen sind, ausgedehnt; so daß vom vorbemerkten Dato an die gedachte Hälfte unter keinem Vorwand anders, als in Trefor- und Thalerscheinen angenommen, oder die Zahlung zu rückgehalten werden kann.

§. 2. Von denjenigen Steuerschuldigen, welche vorstehender Bestimmung ungesichter, ihren ganzen Steuerbetrag in klingendem Gelde entrichten, soll für denjenigen Antheil, welchen sie in Trefor- und Thalerscheinen zu entrichten schuldig sind, ein Strafaglo von 2 Groschen pro Thaler erhoben, und gleich der Steuer selbst beigetrieben werden.

§. 3. Unsere Kassenbeamten haben sich alles Vorverkehres mit den Trefor- und Thalerscheinen für eigene Rechnung bei der schweissten Abhandlung zu enthalten. Diejenigen, welche irgend eines wucherlichen Verschäfts oder Agiotage mit dieser Münzsorte überwiefen werden, sollen als untreue Kassenbediente behandelt, und nach der ganzen Strenge der Gesetze bestraft werden.

§. 4. Unser Finanzminister wird, in Gemäßheit vorstehender Anordnungen, schleunigst die nöthigen Verfügungen und Instruktionen an alle betreffende Behörden erlassen. Da diese jedoch in Provinzen jenseits der Weser und der Mosel bis zum 1. May d. J. nicht mehr gehörig bekannt werden können, so wird für gedachte Provinzen obiger Termin bis zum 15. desselben Monats verlängert.

§. 5. Alle übrigen Bestimmungen Unserer Edikte vom 7. September vorigen und 1. März d. J., welche durch gegenwärtige Verordnung nicht aufgehoben sind, bleiben unverändert.

Urkundlich unter Unserer Höchstseligenhändigen Unterschrift und Bedrückung Unseres Königl. Insignels.

So geschehen Wien, den 7. Apr. 1815.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.  
E. F. v. Hardenberg. Bülow.

## Verordnungen der Königl. Preussischen Regierung.

No. 127. Die Freiheit der Schifffahrt zwischen Magdeburg und Hamburg betreffend.

Da das ausschließende Recht, welches die Schifferbrüderschaft zu Magdeburg in Hinsicht auf die zwischen dieser Stadt und Hamburg, und umgekehrt, statt findende Schifffahrt früher geübt hat, gesetzlich aufgehoben, und die ganze Innung aufgelöst worden; so ist, in Rücksicht auf das Interesse des gewerbe- und handeltreibenden Publikums, von dem Herrn Finanz Minister v. Bülow Excellenz festgesetzt: daß die Schifffahrt zwischen Magdeburg und Hamburg, und umgekehrt, nach Maßgabe der Bestimmungen der Edikte vom 2. November 1810. und 7. September 1811., überall frei seyn, und ohne Anstand den inländischen sowohl, als den fremden Schiffen,



fern, unentgeltlich gestattet werden soll. Diese Bestimmung wird hierdurch dem Handel, und schiffahrttreibenden Publika zur Nachricht bekannt gemacht.

Liegnitz, den 11. April 1815.

Königl. Preuß. Liegnitzsche Regierung von Schlesien.

P. D. No. 12. R. April c.

No. 128. Wegen der von der Haupt-Bibel Gesellschaft verschenkten Bibeln.

Die Haupt-Bibelgesellschaft befürchtet, daß hin und wieder die von ihr geschenkten Bibeln von unwürdigen Geschenknehmern lächerlicher Weise verkauft werden möchten. Wir bringen daher hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Haupt-Bibel-Gesellschaft es sich ausdrücklich ausbedingt, daß von den Geschenknehmern diese Bibeln nicht verkauft werden, und sie sich, wenn dieses dennoch geschieht, vorbehält, solche von den Käufern unentgeltlich zurückzufordern. Liegnitz, den 14. April 1815.

Geistliche und Schulen-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung von Schlesien.

K. D. No. 16. R. April c.

No. 129. Wegen der sich zum Eintritt als freiwillige Jäger meldenden Subjekte von der Forst-Partie.

In Beziehung auf die bei den jetzigen neuen Rüstungen zum Kriege durch die öffentlichen Blätter ergangene Bekanntmachung, wegen der sich zum Eintritt als freiwillige Jäger meldenden Subjekte, wird hiermit das unterm 4. Januar 1814 vom dem vormaligen allgemeinen Kriegs-Departement unter allerhöchster Genehmigung durch die öffentlichen Blätter erlassene Publikandum wiederhole, wonach alle jungen Leute, welche gelernte Jäger sind, wenn sie bei einem der Jäger-Bataillone zum Dienst eintreten, sich dadurch nach Maassgabe ihrer forstwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer militärischen Dienstzeit, zugleich Ansprüche auf eine vereinstätige Versorgung im Forstfache erwerben. — Diese allerhöchste Bestimmung findet auch bei den gegenwärtigen Verhältnissen völlige Anwendung. Berlin, den 7. April 1815.

Königl. Preuß. Kriegs-Ministerium.

In Abwesenheit des Herrn Kriegs-Ministers Excell.

(gez.)

v. Sölder.

Vorstehendes Publikandum wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Liegnitz, den 18. April 1815.

Militair-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung von Schlesien.

M. D. No. 28. R. April c.

No. 130. Erinnerung an die Einsendung der Beiträge der Kirchen- und Haus-Kollekte zum Retablissement der evangelisch-lutherischen Kirche zu Groß-Glogau.

Die Herren Landräthe des Freistädtischen, Hirschbergischen, Löwenburgischen, Schwiebuschen und Steinauschen Kreises, ingleichen die Magistrate der Städte



Fredeberg a. N., Goldberg, Grünberg, Herrnsdorf, Köben, Kupferberg, Lieben-  
thal, Mültitz, Naumburg a. B., Naumburg a. N., Pörsdorf, Pörsdorf, Raud-  
ten, Schlawa, Schwebus, Sprottau, Steinau, Warmbrunn, Wartenberg, und  
die Herren Superintendenten des 1sten und 2ten Hirschbergischen Kreises, werden  
hierdurch erinnert: die auf die Ausschreibung vom 2. Januar d. J. (unter No. 25. im  
3ten Stück des hiesigen Regierungs-Amtesblatts) noch rückständigen Beiträge der zum  
Retablissement der evangelisch-lutherischen Kirche zu Groß-Glogau bewilligten allge-  
meinen Kirchen- und Haus-Kollekte ganz unfehlbar binnen endlichen 14 Tagen an die  
hiesige Haupt-Kollekte-Kasse einzusenden, und die vorgeschriebenen Designationen  
Uns vorzulegen. Liegnitz, den 18. April 1815.

Geistliche, und Schulen, Deputation der Königl. Liegnitzschen  
Regierung.

K. D. ad No. 312. pro April c.

No. 131. Erläuterung der Bekanntmachung No. 280. vom 15. Septbr. 1814., wegen  
der reisenden fremden jüdischen Commis u.

In der Bekanntmachung No. 280. vom 15. Septbr. d. J. im Regierungs-Amtes-  
blatt, wonach sämtlichen Polizei-Behörden aufgegeben wird, jüdischen Commis,  
Handwerksgesellen, Handlungsdienern, Knechten, Cantoren, Sängern, Schläch-  
tern, so wie andern dienenden jüdischen Personen beiderlei Geschlechtes, wenn sie aus  
dem Auslande herbeikommen, um sich in den diesseitigen Staaten niederzulassen, oder  
Dienste zu suchen, die Nachsichung von Eingangs-Pässen schlechterdings zu versagen,  
ist, wie sich von selbst versteht, nur von solchen Juden des Auslandes die Rede, wel-  
che in ihrem Vaterlande die Staatsbürgerrechte nicht besitzen.

Dies wird zur Vermeldung etwaniger Irrungen hierdurch nachträglich zur Kennt-  
niß sämtlicher Polizei-Behörden gebracht.

Liegnitz, den 18. April 1815.

Polizei-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung.

P. D. No. 45. R. März c.

No. 132. Bekanntmachung wegen einiger im Feldzuge von 1813 gebliebener Individuen  
vom 7ten Reserve-Infanterie-Regiment.

In dem Feldzuge von 1813 sind nachbenannte, aus dem hiesigen Regierungs-  
Departement gebürtige, mit dem eisernen Kreuz 2ter Klasse verheilt gewesene  
Individuen vom 7ten Reserve-Infanterie-Regiment geblieben, nämlich:

- 1) Der Unteroffizier Samuel Streckenbach aus Geiffersdorf, Liegnitzschen Kreis-  
es, am 14. Februar 1814 bei Montmirail.
- 2) Der Gemeine Gottlieb Hubert aus Zarnogorschitz im Mültitzschen Kreise, am  
18. October 1813 bei Leipzig.
- 3) Der Gemeine Andreas Jäsche aus Streibelsdorf, Freistädtschen Kreises,  
und

4) der



4) der Gemeine Gedebrich Voigt aus Domsfen, Woblauschen Kreises,  
beide Lehtere am 14. Februar 1814 bei Montmirail.

Den Anverwandten wird dies zur Nachricht, den betreffenden Behörden aber  
mit der Aufgabe bekannt gemacht: dafür zu sorgen, daß die Namen dieser Gebliebe-  
nen zu seiner Zeit auf die Gedächtniß-Tafel in den Kirchen gesetzt werden.

Regulsh, den 19. April 1815.

Königl. Preuß. Liegnitzsche Regierung von Schlesien.

G. No. 142. April 1815.

No. 133. Wegen Verabreichung der den zurückgelassenen Frauen der beurlaubten und  
jezt wieder einberufenen Soldaten bewilligten Beneficien an Servis, Brod  
oder Mehl.

Nach der Bestimmung des Königl. hohen Kriegsministeriums vom 25. v. M. sollen  
die zurückgelassenen, in servispflichtigen Städten sich aufhaltenden Frauen der beur-  
laubten und jezt wieder einberufenen Soldaten vom stehenden Heere und der Land-  
wehr, während der Abwesenheit ihrer Männer, in den Städten auf Servis, so wie  
auf Brod oder Mehl, dergleichen auf dem platten Lande wohnende Frauen aber auf  
Verabreichung von Brod oder Mehl aus Königl. Magazinen Anspruch haben.

Dies wird den Interessenten zur Nachricht, den landräthlichen Aemtern, Magis-  
träten und Magazin-Verwaltungen aber zur Achtung bekannt gemacht.

Regulsh, den 20. April 1815.

Militair-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung.

M. D. No. 686. April c.

No. 134. Die Bestimmung sub No. 4. der hohen Verordnung, die Aushändigung der  
neuern Zins-Coupons zu den Staats-Schuldscheinen betreffend.

Von Seiten der Königl. Regierung: Finanz-Deputation wird nachstehende,  
in der unterm 3. d. M. höhern Orts erlassenen Verordnung, die Aushändigung der  
neuern Zins-Coupons zu den Staats-Schuldscheinen betreffend, zum Besten der In-  
haber von Staats-Schuldscheinen außerhalb Berlin sub No. 4. enthaltene Bestim-  
mung, hietnit zur Kenntniß des Publikums gebracht.

„Eben so soll 4) zur Bequemlichkeit derjenigen Inhaber von Staats-Schulds-  
scheinen außerhalb Berlin, welchen es an Gelegenheit fehlt, durch hiesige Be-  
kaunte die Staats-Schuldscheine präsentiren zu lassen, nachgegeben werden,  
solche, jedoch mittelst doppelter Nachweisung, welche Nummer, Buchstaben  
und Capital enthält, und worunter Stand, Name und Wohnort des Ein-  
senders deutlich angegeben seyn muß, an die Staatsschulden-Einzugs-Kasse  
einzusenden, von welcher sie die Staatsschuldscheine, mit den hinzugefügten  
Coupons und einem Exemplar der eingereichten Nachweisung, sogleich zurück-  
erhalten werden.

Die Einsendungsscheine müssen jedoch postfrei gemacht, und mit der  
Adresse:



Adresse: an die Königl. Staatsschulden, Tilgungs, Kasse, versehen werden, auch ist auf dem Couvert der Inhalt zu bemerken.

Uebrigens nimmt die Erhebung der Zinsen auf den ersten dieser 8 neuen Coupons mit dem 1. July d. J. in der bisherigen Art ihren Anfang, und soll die Reihenfolge der Nummern vorher bekannt gemacht werden.<sup>11</sup>

Liegnitz, den 20. Ap. il 1815.

Finanz-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung.

F. D. No. 22. R. April c.

No. 135. Betrifft die Berechnung des Werthstempels in Prozeßten.

Zur Beseitigung etwelcher entstandenen Bedenken in Verzeß der Berechnung des Werthstempels in Prozeßten, haben des Herrn Finanz-Ministers Excellenz, unterm 30. d. M., bestimmt: daß bei denselben

- 1) die Zinsen, welche mit dem Kapital zugleich eingeklagt werden, nicht in Anschlag gebracht, und
- 2) wenn die eingeklagte Summe in Golde besteht, nach Analogie der Vorschrift §. 11. der Instruktion vom 5. September 1811, auf das Aufgeld nicht Rücksicht genommen werden soll.

Diese Bestimmungen werden hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Liegnitz, den 27. Ap. il 1815

Abgaben-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung  
von Schlesien.

R. No. 38. pro April 1815.

No. 136. Die Beschränkung der Passertheilung an aus dem Warschauischen einwandernde Künstler und Handwerksgefelln, und die Quartal-Pässe an Juden aus dem Warschauischen betreffend.

Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse machen es nothwendig, die Verordnung vom 16. May 1814. (Regierungs-Amtsblatt de 1814. Stück 21.), wodurch einigen Magisträten der Grenzstädte des Regierungs-Departements die Bewilligung zur Ausfertigung von Eingangs-Pässen an aus dem Auslande einwandernde Künstler und Handwerksgefelln erteilt wurde, in Ansehung der Magisträte der Städte an der Schlesisch-Warschauischen Grenze, also in Ansehung der Magisträte zu Glogau, Gubrau und Prausnitz, hinwiederum aufzuheben, und zu bestimmen: daß alle und jede aus dem Warschauischen einwandernde Künstler und Handwerksgefelln von allen Polizeibehörden der am Warschauischen gelegenen Grenzstädte mittelst stempelfreier Interims-Pässe, unter Vorschreibung der speziellen Reise Route und der Tagezahl, die darauf zubefolgen, entweder Und, oder wenn sie ihre Tour nach Breslau zu nehmen wünschen, an die Polizeideputation der Königl. Regierung zu Breslau, zu Nachsuchung von Eingangs-Pässen zu weisen. Sämmtliche Polizeibehörden der Grenzstädte nach dem Warschauischen hin haben sich hiernach genau zu achten.

Das



Dagegen behält es dabei sein Bewenden, daß das Polizei-Directionum zu Hl. Schberg, ingleichen die Magistrate zu Löwenberg, Bunzlau, Sagan und Grünberg, nach wie vor ermächtigt bleiben, dergleichen Eingangs-Pässe durch Ausfüllung der ihnen von Uns zugewiesenen Blankets an Künstler und Handwerksgehilfen, die aus Sachsen in das hiesige Regierungs-Departement einwandern, zu geben. Doch wird von diesen Behörden zuverlässig erwartet, daß sie die Identität und Unverdächtheit solcher Passsucher auf das Genueste vor der Passvertheilung prüfen, und sich wohl hüten, daß sie nicht getäuscht werden.

Wegen der Zeitverhältnisse ist hiernächst auch befohlen worden:

daß fortan an Juden aus dem Warschauer nur allein in dem Falle, wenn sie rohe Produkte ins Land einführen, und dieses Gewerbe wirklich fortlaufend betreiben, von den Polizei-Behörden Quartal-Pässe erteilt werden dürfen, alle andere Warschauer Juden hingegen von Erlangung von Quartal-Pässen vor der Hand ausgeschlossen seyn sollen.

Sämmtliche Polizei-Behörden hiesigen Regierungs-Departements werden in dessen Folge verpflichtet, die Quartal-Pässe, welche sich in den Händen solcher Juden aus dem Warschauer befinden möchten, die nicht die Einfuhr roher Produkte als Gewerbe treiben, den Inhabern wieder abzunehmen.

Liegnitz, den 22. April 1815.

Polizei-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung.

P. D. No. 38. R. April c.

### Verordnungen der Königlichen Ober-Landesgerichte.

Daß kein Justitiariats-Kontrakt ferner bestätigt werden soll, welcher die Festsetzung enthält, daß die Gerichtsgebühren dem Justitiario angewiesen werden.

Sämmtlichen Gerichtsherrn und Justiz-Officianten hiesigen Departements wird hierdurch bekannt gemacht, daß in Gemäßheit des Rescripts Eines hohen Justiz-Ministerii vom 18. März 1815. kein Justitiariats-Kontrakt ferner bestätigt werden soll, welcher, der Vorschrift des Allgemeinen Landrechts Th II. Tit. 17. §. 103. zuwider, die Festsetzung enthält, daß die Gerichtsgebühren dem Justitiario angewiesen werden. Sämmtliche Gerichtsgebühren müssen vielmehr dem Gerichtsherrn verrechnet, und dem Justitiario ein Fium ausgesetzt werden; auch haben die jenigen Justitiarien, welche die Gerichtsgebühren auf den Grund älterer Kontrakte beziehen, bei dem mindesten, zur Kenntniß des Ober-Landes-Gerichts gelangenden Sportel-Exceß, zu erwarten, daß ihnen der Genuß der Gerichtsgebühren entzogen, und sie auf ein Fium werden gesetzt werden.

Liegnitz, den 21. April 1815.

Königl. Liegnitzsches Ober-Landes-Gericht von Schlesien.

Ver.



## Personal-Chronik der öffentlichen Behörden.

Der katholische Pfarrer Moser zu Deutsch-Wartenberg erhielt das landesherzliche Placet als Kreis-Schulen-Inspector des Grünbergischen Kreises, und Erzpriester im Grünbergischen Archipresbyterat.

Der Oberlehrer Havenstein am Gymnasio zu Hirschberg ward als Subdiaconus bei der dasigen evangelischen Kirche bestätigt.

Der Doctor der Medizin, v. Hautoville zu Sagan, erhielt die Approbation als praktischer Arzt in den Königl. Landen.

Ferner wurden befördert:

der Mittagsprediger und Rector Gottlieb Großmann aus Sulau, als zweiter Prediger und Rector nach Beuthen a. d. O.;

der zeitberige Organist und Schullehrer Gottlieb Gutsche zu Altstadt Lüben, zum Cantor und Schullehrer nach Naundtzen;

der zeitberige Schul-Adjutant Johann Gottlieb Höfig zu Welfersdorf, in gleicher Eigenschaft nach Langendels;

der Schullehrer Ebert zu Ober-Voischwitz, zum Organisten und Schullehrer nach Frauenitz, Jauerschen Kreises;

der Schullehrer Flos zu Wondnick zugleich als Schullehrer in Wiskollne;

der Schullehrer Büttner aus Wiskollschmiede, als Schullehrer nach Tschirndorf, Saganischen Kreises;

der Schullehrer Johann Michael Schmidt zu Merzdorf, als Schullehrer nach Loos, Saganischen Kreises;

der Schul-Adjutant Johann Gottlob Eitner zu Schoosdorf, als Schullehrer nach Seiffrobdau.

Die höhere Approbation erhielten: der Candidat der Chirurgie, Carl Wisk Am August Bach, als Stadt-Chirurgus zu Freistadt, und der Candidat der Chirurgie, Johann Michael Franz Hegel, als Stadt-Chirurgus und Geburtshelfer zu Liebenthal.

## Vermischte Nachrichten und Aufsätze.

Die Abhaltung von Viehmärkten in Militsch.

Da die in dem Markt-Tabelle des diesjährigen Kalenders enthaltene Bemerkung:

„Militsch hat keinen Viehmarkt“

unrichtig ist, und nach wie vor mit den dortigen Viehmärkten auch zugleich Viehmarkt abgehalten werden wird: so eröffnen Wir dies dem handelstreibenden Publico hierdurch.

Liegnitz, den 22. April 1815.

Polizei-Deputation der Königl. Liegnitzschen Regierung.